

Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK)

am 06. Mai 2021 (Videokonferenz)

TOP 6.3: Radikalisierungsprozessen entgegenwirken, Demokratie fördern

Beschluss:

Die Jugend- und Familienministerkonferenz fasst folgenden Beschluss:

1. Mit Sorge registrieren die für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik zuständigen Ministerinnen und Minister sowie Senatorinnen und Senatoren der Länder zunehmende Radikalisierungsprozesse in der Gesellschaft. Dies betrifft insbesondere rassistische, rechtsextremistische, antisemitische, antimuslimische und homophobe Tendenzen. Nicht nur Anfeindungen im Alltag auch die Bereitschaft zur Ausübung psychischer und physischer Gewalt nehmen zu, wie die Anschläge in Hanau und Halle, der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke sowie die Übergriffe gegen Politikerinnen und Politiker in erschreckender Weise zeigen. Aber auch Ungleichwertigkeitsvorstellungen wirken inzwischen weit in die Gesellschaft hinein und betreffen auch den Alltag von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien.
2. Vielfältige Lebensentwürfe sind alltägliche Realität in Deutschland; sie zu respektieren und zu schützen ist Teil unserer demokratischen Grundordnung. Erst ein respektvolles, friedliches und solidarisches Miteinander ermöglicht allen, ihr bzw. sein Leben eigenverantwortlich zu gestalten und sich aktiv in diese Gesellschaft einzubringen. Ausgrenzung, Rassismus, Hass und Gewalt gefährden auch das gesellschaftliche Miteinander insgesamt. Kinder und Jugendliche frühzeitig an demokratische Grundwerte heranzuführen, gegen extremistisches Gedankengut zu stärken und für ein vielfältiges, tolerantes und demokratisches Miteinander zu begeistern, stärkt die Grundpfeiler eines demokratischen Zusammenlebens.
3. Die Jugend- und Familienministerkonferenz befürwortet daher, zum einen, dass verstärkte sicherheits- und ordnungspolitische Maßnahmen ergriffen werden, etwa um Synagogen und andere Glaubensorte zu schützen. Sie weist aber andererseits darauf hin, dass diese Maßnahmen nur Teil eines umfassenderen Pakets sein können.

Als ebenso wesentlich erachtet sie es, präventiv gegen Extremismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vorzugehen.

4. Sie begrüßt daher die bereits 2018 erfolgte Entfristung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und dass die Mittel für die Förderperiode von 2020 bis 2024 abgesichert werden konnten.

Als notwendig erachtet die Jugend- und Familienministerkonferenz allerdings, eine dauerhafte und damit verlässliche Förderstruktur zu schaffen, die die Zuständigkeiten von Bund und Ländern wahrt und bereits etablierte Förderstrukturen sowie die konkreten Bedarfe vor Ort in den Ländern berücksichtigt.

5. Erst diese ermöglicht es, langfristig bewährte Vorgehensweisen und Maßnahmen für die Ertüchtigung der Demokratie und der Prävention von Radikalisierung zu entwickeln, diese zu verstetigen und über den fachlichen Austausch einen Wissenstransfer zu ermöglichen, um diese auch für andere Nutzerinnen und Nutzer zugänglich zu machen.
6. Dem sozialen Nahumfeld kommt bei der Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention eine bedeutende Rolle zu. Im Sozialraum äußern sich soziale Konflikte zuallererst; sie werden damit auch hier direkt bearbeitbar. Für viele im Sozialraum Beschäftigte ist Demokratieförderung aber nur ein Aspekt ihrer alltäglichen Arbeit. Von daher braucht es gerade hier fachlich erprobte Handreichungen, finanzielle Förderung und Vernetzung, die eine fachliche Orientierung für die alltägliche Arbeit geben.
7. Die für Jugend und Familie zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren erachten eine abgestimmte und fachübergreifende Vorgehensweise als notwendig für eine wirksame Vorgehensweise bei der Demokratieförderung und der Bekämpfung von Radikalisierungsprozessen. Sie lädt daher den Bund und weitere Fachministerkonferenzen, insbesondere die Kultusministerkonferenz und die Arbeits- und Sozialministerkonferenz ein, gemeinsame Strategien und Ansätze zu entwickeln und dafür Sorge zu tragen, dass gelungene Ansätze verstetigt und geteilt werden können.